Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3544**

15. Wahlperiode 01. 07. 2004

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 15/1592 –

Fairer Wettbewerb für das deutsche Güterkraftverkehrsgewerbe

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, in dem unter anderem die verbindliche Festlegung eines Beginns der Lkw-Maut, die Ablehnung des Vorschlags des ECOFIN-Rates vom 19. März 2003 zur Dieselkraftstoffbesteuerung bei der im Herbst 2003 zu erwartenden Abstimmung im Rat der Europäischen Union über die neue Energiesteuer-Richtlinie, die energische Durchsetzung des Mineralölsteueranrechnungsverfahrens bei der EU-Kommission, die Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Absenkung der Kraftfahrzeugsteuer für schwere Lkw auf das vorgeschriebene EU-Mindestniveau, für den Fall, dass eine Harmonisierung durch das Anrechnungsverfahren nicht erreicht werden könne, und die Vorlage eines Berichts über bestehende Harmonisierungsdefizite auf dem europäischen Güterkraftverkehrsmarkt bis zum 31. März 2004 gefordert wird.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 15/1592 – abzulehnen.

Berlin, den 30. Juni 2004

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald	**Jörg Vogelsänger**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Jörg Vogelsänger

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf Drucksache 15/1592 in seiner 82. Sitzung am 11. Dezember 2003 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

In dem Antrag wird unter anderem die verbindliche Festlegung eines Beginns der Lkw-Maut, die Ablehnung des Vorschlags des ECOFIN-Rates vom 19. März 2003 zur Dieselkraftstoffbesteuerung bei der im Herbst 2003 zu erwartenden Abstimmung im Rat der Europäischen Union über die neue Energiesteuer-Richtlinie, die energische Durchsetzung des Mineralölsteueranrechnungsverfahrens bei der EU-Kommission, die Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Absenkung der Kraftfahrzeugsteuer für schwere Lkw auf das vorgeschriebene EU-Mindestniveau, für den Fall, dass eine Harmonisierung durch das Anrechnungsverfahren nicht erreicht werden könne, und die Vorlage eines Berichts über bestehende Harmonisierungsdefizite auf dem europäischen Güterkraftverkehrsmarkt bis zum 31. März 2004 gefordert.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat den Antrag auf Drucksache 15/1592 in seiner 48. Sitzung am 28. Januar 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/1592 in seiner 40. Sitzung am 28. Januar 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag auf Drucksache 15/1592 in seiner 35. Sitzung am 10. März 2004 beraten.

Die **Fraktion der SPD** wies zu dem Antrag auf die Vereinbarung zur Lkw-Maut vom 29. Februar 2004 hin. Zu der Forderung in dem Antrag, den Vorschlag zu einer Energiesteuerrichtlinie abzulehnen, bemerkte sie, diese Richtlinie sei nur ein weiterer Schritt zur Harmonisierung der Steuersätze im Bereich der Energie und es sei klar, dass auch mit der Erweiterung der Europäischen Union diesbezüglich weitere Schritte erfolgen müssten. Was das in Punkt 3 des Antrags angesprochene Mineralölsteueranrechnungsverfahrens betreffe, gebe es dazu derzeit Gespräche mit der EU-Kommission. Es sei noch offen, ob das Ziel damit erreicht werden könne oder ob man den Weg über Änderungen bei der Kraftfahrzeugsteuer beschreiten müsse. Dazu sei ein Gesetzentwurf in Arbeit. Was den geforderten Bericht über die Situation des deutschen Güterkraftverkehrsgewerbes angehe, sei mit einem solchen Bericht im April oder Mai 2004 zu rechnen. Durch Zeitablauf hätten sich viele Punkte des Antrags erledigt bzw. es seien Maßnahmen in Vorbereitung, weshalb man den Antrag ablehne.

Die **Fraktion der CDU/CSU** unterstützte den Antrag der Fraktion der FDP. Es sei höchste Zeit, das Thema wieder öffentlich aufzugreifen, denn in den letzten Jahren habe sich zumindest nichts getan, was sichtbar sei. Der Vorschlag des ECOFIN-Rates bedeute das Gegenteil von dem, was man von der Bundesregierung bislang gehört habe. In anderen Ländern für die Besteuerung von Dieselkraftstoff bestehende Sonderregelungen hätten wegfallen sollen, würden nun aber möglicherweise fortgeschrieben. Bundesminister Kurt Bodewig habe im Jahr 2001 erklärt, wenn die Subventionen bei den anderen nicht gestrichen würden, würden sie in Deutschland anlaufen. Geschehen sei aber nichts. Sie verlangte von der Bundesregierung eine verbindliche Auskunft über den Stand der Harmonisierungsbemühungen und wie sie dem Verkehrsgewerbe in Deutschland helfen wolle. Die Bundesregierung könne nicht zusehen, wie in diesem Gewerbe Tausende von Existenzen gefährdet würden, weil man hinsichtlich der Kosten nicht mithalten könne. Wenn die Bundesregierung dazu nicht in der Lage sei, zeige dies, dass die seinerzeitigen Versprechungen gegenüber dem Güterverkehrsgewerbe nur den Zweck gehabt hätten, bis zur Wahl 2002 über die Runden zu kommen. Die offenen Fragen in der Diskussion mit der Kommission solle man klären, bevor das Mautsystem in Betrieb gehe, um dann gegebenenfalls auf Alternativen zurückgreifen zu können. Man wolle eine baldige Entscheidung, damit das Gewerbe wisse, woran es sei.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, die Inhalte des FDP-Antrags seien im Grunde nicht sonderlich umstritten. Die Bundesregierung sei dabei, das Mineralölanrechnungsverfahrens voranzubringen. Sie sei aber auch darauf vorbereitet, auf eine Absenkung der Kfz-Steuer zurückzugreifen, falls es bezüglich der Mineralölsteueranrechnung Schwierigkeiten gebe. Die in Punkt 1 des Antrags geforderte Festlegung des Beginns der Lkw-Maut sei bereits erfolgt. Die Einhaltung dieses Termins sei nicht nur versprochen, sondern auch mit finanziellen Garantien abgesichert. Ein Bericht über bestehende Harmonisierungsdefizite sei allerdings überfällig. Man erwarte aber, dass dies noch im Frühjahr geschehe. Der Antrag habe sich daher in allen wesentlichen Punkten durch die Abläufe der letzten Wochen erledigt.

Die **Fraktion der FDP** verneinte, dass sich ihr Antrag erledigt habe. Er sei in jedem Punkt nach wie vor aktuell. Sie wies auf die Probleme hin, welche sich durch die Ungewissheit bei der Mauteinführung für die Preisverhandlungen des deutsche Kraftverkehrsgewerbes mit der Verladerseite ergäben. Wann die Lkw-Maut tatsächlich eingeführt werde, sei ungewiss. Auch die EU-Osterweiterung werde für die mit-

telstandgeprägte Transportbranche Probleme bei der Finanzierung neuer Fahrzeuge bereiten, weil die Rendite nicht ausreiche. Wenn die Koalition den Antrag ablehne, bringe sie damit zum Ausdruck, dass sie dessen Inhalte nicht umsetzen wolle. Was den Punkt 2 des Antrags betreffe, sei Deutschland das einzige Land, welches die ab dem Jahr 2010 geltenden Obergrenzen jetzt bereits überschreite; alle anderen lägen erheblich darunter. Was Punkt 3 des Antrags betreffe, müssten die Gespräche über ein Mineralölsteuerantrechungsverfahren mit der EU endlich zu einem Ergebnis kommen. Dem Gewerbe sei aber auch mehrfach eine Senkung der Kfz-Steuer in Aussicht gestellt worden, welche man unabhängig von den Gesprächen mit der EU realisieren könne. Was die Subventionierung bei der Besteuerung des Dieselkraftstoffs durch einige Länder anbelange, sage sie voraus, dass diese auch im Jahr 2004 nicht abgeschafft werde, wenn die Wettbewerbssituation so bleibe, wie sie derzeit sei. Was den Harmonisierungsbericht anbelange, fürchte sie, er werde zu spät kommen, um Konsequenzen ziehen zu können, vor allem wenn die Koalition die anderen vier Punkte des Antrags als erledigt ansehe.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/1592.

Berlin, den 30. Juni 2004

Jörg Vogelsänger
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333